

99 Prozent

Wer bei den «Wahlen» in Nordkorea nicht oder falsch ankreuzt, gilt als Landesverräter. 5

Internetvermesser

Der Berner Christoph Glauser prophezeit den Sieg von Präsident Donald Trump. 19

Ungelöstes Rätsel

Ist der Mond ein Stück Erde? Die Entstehung unseres Trabanten ist ein kniffliges Rätsel. 31



Susi Wyss

Das Schweizer Jetset-Girl hat in Paris ein wildes Leben geführt. Und nun ein Buch geschrieben. 25

AZ 3000 Bern 1

Der Bund

Montag, 11. März 2019 — 170. Jahrgang, Nr. 58 — Fr. 4.60 (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung — gegründet 1850

Heute im «Bund»

Der Streit eskaliert

Urheberrecht In der Kulturlandschaft tobt ein harter Kampf: Urheberrechtsgesellschaften wie Pro Litteris und Suisa fordern, dass die Bibliotheken ihnen einen Teil ihrer Einnahmen weiterleiten. Nun soll das Parlament entscheiden. **Seite 6**

Wechselbad der Gefühle

Berner Spitzenclubs YB kann sich – mit Ausnahme des Cups – weiterhin auf die letzten Minuten verlassen. Derweil die Hockeyspieler des SCB eine Heimniederlage einstecken mussten. Ausgerechnet im ersten Playoff-Spiel. **Seiten 12/13/16**

Erneuter Absturz einer 737

Flugzeugkatastrophe Beim Absturz eines Passagierflugzeugs in Äthiopien sind alle 157 Menschen an Bord ums Leben gekommen. Es ist der zweite Absturz einer Boeing 737 innerhalb von wenigen Monaten. **Seite 24**

Jetzt auch Ryan Adams

Pop #MeToo ist mit dem Fall Ryan Adams nun auch in der Indie-Popwelt angekommen. Mindestens sieben Frauen sollen Opfer des heute 44-jährigen US-amerikanischen Singer-Songwriters sein. **Seite 27**

Crumb versus Trump

Comic Der amerikanische Illustrator und Musiker Robert Crumb, einer der bedeutendsten Künstler der Underground-Comics-Bewegung, nimmt im herausragenden Band «Amerika» Stellung zu Donald Trump. **Seite 32**

Meinung & Analyse

«Bringt Facebook also Opfer zum Wohl seiner User? Nein.»

Für Matthias Möller ist klar: Der Profit steht für das soziale Netzwerk und seinen Gründer Mark Zuckerberg weiterhin im Mittelpunkt – trotz den Versprechen für mehr Privatsphäre. **Seite 8**

Service

Leserbriefe	8/23	Wetter	23
TV/Radio	22	Berner Kultur	26
Kinoprogramm	20	Todesanzeigen	30

Redaktion Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Fax: 031 385 11 12, Web: derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch

Verlag Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Fax: 031 330 36 86

Inserate Tamedia Advertising, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Fax: 031 330 35 71, Mail: inserate@derbund.ch

Abonnemente Tel. 0844 385 144 (Lokalstar), Mail: abo@derbund.ch



Asyl-Rückkehrzentrum in Prêles steht unter Beschuss

Kanton Bern Die Linke kritisiert die Separierung abgewiesener Flüchtlinge, die Rechte fürchtet hohe Kosten. Solothurn zeigt, wie es gehen könnte.

Noah Fend

Abgewiesene Asylbewerber sollen keinen Anreiz haben, in der Schweiz zu bleiben. Deshalb suchen die Kantone für deren Unterbringung in der Regel wenig attraktive Unterkünfte in abgelegenen Orten aus. Im Kanton Bern ist der Tessenberg vorgesehen, eine Hochfläche über dem Bielersee.

Die Planung des kantonalen Rückkehrzentrums auf dem Gebiet der Gemeinde Prêles ist «weit fortgeschritten», sagt Markus Aeschlimann, Geschäftsleiter des kantonalen Amts für Migration und Personenstand. Aber aus der geplanten Eröffnung Mitte 2019 wird

nichts. Es müssen unter anderem noch Fragen zum Betrieb und zur zonenkonformen Nutzung des Geländes geklärt werden.

Vor allem aber: Der politische Widerstand gegen das Rückkehrzentrum ist nach wie vor gross. Linke kritisieren die Strategie, abgewiesene Flüchtlinge in einer abgelegenen Unterkunft zu zentrieren. Rechte wiederum wollen Kosten verringern und fürchten um die Sicherheit der Anwohner. Diese Woche werden im bernischen Grossen Rat Vorstösse zum Thema diskutiert.

Öffentlichkeit und Interessengruppen werden dagegen nach wie vor nur knapp informiert, ein auf Frühjahr 2019

angekündigter Tag der offenen Tür wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Er werde erst stattfinden, wenn das definitive Eröffnungsdatum feststehe, sagt Aeschlimann.

Solothurn setzte auf Begleitgruppe

Der Kanton Bern könnte beim Nachbarn abschauen. Im Kanton Solothurn sind all diese Diskussionen bekannt – und mittlerweile abgehakt. Eine Begleitgruppe hatte alle Direktbetroffenen in einen regelmässigen Austausch mit den Behörden einbezogen. Heute sei das Zentrum auf dem Balmberg kaum mehr ein Thema, sagen Linke und Mitglieder der Begleitgruppe. **Seite 17**

Gefährlicher Alltag im Katastrophengebiet



Fukushima Millionen von Litern verseuchtes Wasser in riesigen Silos. Heute vor acht Jahren traf eine 15 Meter hohe Flutwelle das Atomkraftwerk Fukushima und verursachte eine nukleare Katastrophe. Ein Besuch zeigt: Der Rückbau ist gefährlicher als vom Betreiber versprochen. (bd) **Seite 2** Foto: Reuters

Sogar das Kriegsrecht wird diskutiert

Grossbritannien Falls Grossbritannien ohne Abkommen aus der EU austritt, rechnen Experten mit grossen wirtschaftlichen Problemen. Ein «chaotischer Brexit» könnte Unruhen mit sich bringen, wie die Polizei befürchtet. Deshalb werden die Beamten derzeit speziell geschult und Plastikgeschosse gehortet. Die Regierung in London denkt sogar darüber nach, notfalls das Kriegsrecht zu verhängen. (P.N.) **Seite 3**

Sammelstiftung in Verruf

Altersvorsorge In Untersuchungsberichten ist die Rede von Ungereimtheiten in der Sammelstiftung Phoenix mit Sitz im aargauischen Kleindöttingen. Demnach haben die Verantwortlichen Offenlegungsvorschriften verletzt und «in grober Weise gegen die Interessen der Vorsorgeeinrichtung gehandelt». Ein Pool, dem einzelne Vorsorgewerke angehören, weist mit 76,4 Prozent einen alarmierend tiefen Deckungsgrad aus. Per Ende 2017 war in der Schweiz rund jeder

fünfte Versicherte einer Sammelstiftung eingeschlossen, Tendenz steigend. «Der Fall der Pensionskasse Phoenix zeigt exemplarisch, zu welchen Missständen es bei Sammelstiftungen kommen kann», sagt Urban Hodel, Geschäftsleiter des PK-Netzes, das Arbeitnehmende in der zweiten Säule vertritt. Eine wachsende Zahl von intransparenten Sammelstiftungen sei viel zu wenig reguliert, und die Aufsicht habe kaum Möglichkeiten einzugreifen. (ki) **Kommentar oben, Seite 9**

Kommentar

Bessere Regeln im Vorsorgegeschäft

Sammelstiftungen beruhen eigentlich auf einer guten Idee: Unabhängig von grossen Versicherungen sollten Arbeitgeber in solchen Einrichtungen die Altersvorsorge ihrer Angestellten auf ein solides Fundament stellen können und das angesparte Kapital von Fachleuten verwalten lassen. Deren Bedeutung wächst, da sich kleinere Vorsorgewerke zusammenschliessen und weil das Geschäft mit Vollversicherungen darbt. Per Ende 2017 war bei steigenden Zahlen rund jeder fünfte Angestellte bei einer Sammelstiftung. Von der Politik bisher weitgehend unbemerkt, gibt es aber auch besorgniserregende Entwicklungen. Das Beispiel der aargauischen Sammelstiftung Phoenix illustriert, zu welchen Interessenkonflikten es kommen kann. Die dort festgestellten Geschäfte mit Nahestehenden sind keine Seltenheit.

Meist gehen Pensionskassen verantwortungsvoll mit Vorsorgegeldern um. Doch es gibt auch schwarze Schafe, die nach dem Prinzip handeln: Erlaubt ist, was nicht verboten ist. Die von der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge vorgeschlagene Weisung, die derzeit diskutiert wird, zielt in die richtige Richtung. Sie würde darauf hinwirken, dass Vorsorgeeinrichtungen mit höherem Risikoprofil strengere Auflagen erfüllen müssten.

Unabhängig davon braucht es schleunigst eine gesetzliche Vorgabe, die den Interessenkonflikt beim Geschäft mit Provisionen unterbindet. Gemäss einer Studie der Pensionskassenberaterin C-Alm zahlen Vorsorgeeinrichtungen jährlich 300 Millionen Franken an Vermittler – sogenannte Broker –, die ihnen im Auftrag von Arbeitgebern Versicherte zuschanzen. So gerät ein Broker in Versuchung, die attraktivste Provision auszuwählen, anstatt die für den Arbeitgeber ideale Lösung zu finden. Das erinnert an die Kickbacks, die Vermögensverwalter lange Zeit bei Wertschriftengeschäften kassierten. Dieser Praxis haben Gerichte einen Riegel vorgeschoben. Wenn solche Geschäfte beim Wertschriftenhandel nicht mehr toleriert werden, müssen sie bei der existenzsichernden Altersvorsorge erst recht unterbunden werden.

Bernhard Kislig
Redaktor Wirtschaft

Der «Königsweg» der Waadt hat Mängel

Steuerreform Im Mai kommt in der Schweiz eine Reform der Unternehmenssteuer an die Urnen, die gleichzeitig eine jährliche Zahlung von zwei Milliarden Franken an die AHV vorsieht. In der Waadt haben die Stimmberechtigten bereits 2017 einer ähnlichen Verknüpfung zugestimmt. Diese Regelung ist seit Anfang Jahr in Kraft. Galt sie bisher als «Königsweg», zeigen sich nun Probleme für die Gemeinden. (red) **Seite 7**